

Von starken Frauen und schwacher Nachhaltigkeit: Die Welt-Umweltkonferenz in Rio 1992 und ihr Folgeprozess

Birte Rodenberg

Die UN-Konferenzen der 90er Jahre sind mehr als punktuelle Ereignisse gewesen, sie haben sich vielmehr als politische, aber auch soziale Prozesse ausgedrückt. Die politische Arbeit, welche die Durchführung der Konferenzen ermöglichte, war nicht nur an den politischen Willen internationaler Institutionen, sondern auch an die Aktivitäten verschiedener sozialer Bewegungen gekoppelt. Dabei war die Prozesshaftigkeit der Verhandlungen durch die Forderungen und Positionen der sozialen Bewegungen sowie deren Organisationsformen und -dynamiken beeinflusst. Das trifft insbesondere auf die erste der großen UN-Konferenzen zu, die Weltumweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro. Denn der sogenannte "UNCED-Prozess"¹ hat mit seinen zahlreichen Vorkonferenzen, den Workshops und Veranstaltungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) der Frauen- und der Umweltbewegung den Bedeutungszuwachs begründet, den beide Bewegungen in den 90er Jahren in der Arena internationaler Politik erfahren haben. Zugleich ist eines der wichtigsten, jedoch offiziell kaum dokumentierten Resultate des Erdgipfels der hohe Grad an Selbstorganisation von insbesondere Frauenorganisationen, die bereits den Vorbereitungsprozess zu einer stärkeren Vernetzung ihrer Interessen genutzt haben.

"Die Ökologiebewegung und die feministische Frauenbewegung gehören zu den größten sozialpolitischen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts", wie die brasilianische Soziologin Mary García Castro (1997: 3) herausgestellt hat. – Der UNCED-Prozess (nicht allein die Konferenz) haben dabei den Anfangs- und zugleich den Höhepunkt der Schnittstelle beider Bewegungen gebildet.

Doch so hoch der Grad der Bedeutung ist, der der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung für die internationale Vernetzung und Positionierung der

¹ UNCED (*United Nations Conference on Environment and Development*): Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung auch Welt-Umwelt-Konferenz oder "Erdgipfel" genannt.

Frauenbewegungen zukommt, so groß ist der Verlust des Stellenwertes, den der Themenkomplex "Frauen und Umwelt" bzw. "Gender und nachhaltige Entwicklung" in den vergangenen Jahren, nach der Durchführung des Erdgipfels 1992 in Rio de Janeiro, in internationalen Debatten erfahren hat. Erst mit dem kürzlich wieder belebten Nachfolgeprozesses "Rio+10" ist – zumindest auf nationaler Ebene, seitens staatlicher Institutionen, das Interesse an der Fragestellung Frauen und Umwelt wieder erwacht.

Im folgenden sollen nun zunächst der Ablauf des UNCED-Prozesses nachgezeichnet und seine wichtigsten Problemfelder sowie Ergebnisse beleuchtet werden. Anschließend wird anhand der Kritik nationaler NRO, die zum Thema arbeiten, aufgezeigt, welches die zentralen Forderungen für den zukünftigen Rio+10-Prozess sein können.

UNCED als Handlungsfeld frauenpolitischer Selbstorganisation

Die UNO organisiert seit 1945, dem Jahr ihrer Gründung, internationale Konferenzen. Themenkonferenzen entstehen aufgrund eines Beschlusses der UN-Sondergeneralversammlung, nachdem die internationale Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten ein politisches Thema als besonders relevant hervorgehoben hat. Das Ziel einer UN-Konferenz ist im Allgemeinen die Verabschiedung eines Dokumentes, das internationale Übereinkünfte, Prinzipien und Standards in Form eines gebündelten Strategiepapiers bzw. Aktionsplanes enthält. Die Vorbereitungen nehmen im allgemeinen mindestens zwei Jahre ein. Entwürfe und Positionspapiere, die der Entwicklung eines solchen internationalen politischen Dokumentes dienen, entstehen dabei in unzähligen Meetings und Konferenzen auf unterschiedlicher Ebene – zunächst auf unterer oder mittlerer Ebene nationaler oder regionaler Zusammenkünfte, später auf höherer Ebene institutioneller oder ministerieller Vertretung. Die regelmäßige Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen ist jedoch erst mit und seit UNCED von Bedeutung.

Entwürfe von Abschlussdokumenten zum Erdgipfel entstanden bereits auf der ersten Vorbereitungskonferenz (*PrepCom*) des UNCED-Vorbereitungskomitees im August 1990 - und brachten prompt frauenpolitische Umweltaktivistinnen gegen sich auf. Denn nahezu ausnahmslos waren Frauen unsichtbar gemacht worden, d.h. sie kamen weder als besonders Betroffene noch als Handelnde in den Konventionsentwürfen (Klimakonvention, Konvention über die biologische Vielfalt und die Walderklärung)

noch im Entwurf zur Agenda 21 vor.² Erste Versuche der Einflussnahme durch Politikerinnen und Frauen aus NRO führten dazu, dass im UNCED-Büro in Genf eine "Koordinationsstelle für Frauenanliegen" eingerichtet wurde. Auf zwei Veranstaltungen des UNCED-Sekretariates in Genf im Jahre 1991 zum Themenkomplex Frauen, Umwelt und Entwicklung wurde der Ansatz der neuerlichen Aufmerksamkeit für dieses Thema herausgestellt: Frauen dürfen – das haben auch frauenpolitischen Aktivistinnen herausgestellt - nicht nur als Leidtragende von Umwelt- und Ressourcenzerstörung gesehen werden, sondern sind diejenigen, die besonders im Alltag, im Haushalt und in der Gemeinde aktiv gegen Umweltzerstörung vorgehen. Rechtzeitig zur dritten Vorbereitungskonferenz, die im August 1991 in Genf statt fand, wurde die internationale Frauen- und Umweltorganisation WEDO (*Women's Environment and Development Organisation*) gegründet.

WEDO war bis zur Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking eine der wichtigsten Organisationen bei der Vermittlung und Vernetzung feministischer Positionen.³ Ziel von WEDO war es, Frauen und ihre zentrale Rolle in der Frage nachhaltiger Entwicklung nicht nur in den UN-Dokumenten sichtbar zu machen, sondern den UNCED-Prozess dahingehend zu beeinflussen, dass Forderungen nach einer grundlegend veränderten Wirtschafts- und Umweltpolitik auch den Bedürfnissen von Frauen Rechnung tragen. WEDOs Auftreten bedeutete die Vermittlung eines anderen Frauenbildes in dem Diskurs um Nachhaltigkeit dahingehend, dass Frauen "nicht nur als Opfer (was sie auch sind), sondern als gleichberechtigte Partnerinnen im Politikprozess" angesehen werden müssen (WEDO, zitiert in Wichterich 1992: 9). Zwar zeigten auch die bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Publikationen die Hauptbetroffenen der ökologischen Krise nie allein als passive Opfer; immer schon betonten die Autorinnen auch deren großes Wissenspotential und ihren schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen (vgl. u.a. Dankelman/Davidson 1990). Im UNCED-Prozess wurde jedoch der Aspekt der sozialen Akteurin und politisch Handelnden in den Vordergrund gerückt.

² Diese und folgende Angaben zur Entwicklung und zum Stellenwert des UNCED-Prozesses beruhen auf der Analyse Wichterichs 1992, S. 8ff. Vgl. dazu ebenfalls Rodenberg 1999, S. 69ff.

³ Als Dachorganisation mit Sitz in New York koordiniert WEDO das Engagement feministischer Umweltschützerinnen aus dem Süden *und* dem Norden. 1991, im Vorfeld der Rio-Konferenz gegründet, arbeitete WEDO als eine der renommiertesten Frauen-Umweltorganisationen weltweit bis 1998 unter der Leitung von Bella Abzug und übernahm bis zur UN-Generalversammlung 'Rio+Fünf' 1997 in New York als administrativ und finanziell stärkste Organisation bei allen UN-Konferenzen die Koordinierung des frauenpolitischen Lobbyings. Nach dem Tod der "Grande Dame des Feminismus" (die tageszeitung, 3.4. 1998) hat das Netzwerk vor allem innerhalb der

Von elementarer Bedeutung für den hier geschilderten Selbstorganisationsprozess der internationalen Frauenorganisationen ist der im November 1991 in Miami von WEDO für über 1400 Teilnehmerinnen organisierte erste Weltkongress "Frauen für einen gesunden Planeten"⁴, an dessen Ende die Verabschiedung einer *Women's Agenda 21* stand. Dieser feministische Aktionsplan fordert eine zivilisatorische und ethische Wende unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und erteilt dem Modell der nachhaltigen Entwicklung, das sich weiterhin am hemmungslosen Wirtschaftswachstum orientiert oder lediglich "grüne Ökonomie" propagiert, eine deutliche Absage (vgl. Wichterich 1992: 15ff.). Forderungen nach einem anderen Umgang mit der Natur werden mit Forderungen nach politischem *Empowerment* von Frauen, d.h. mit Fragen nach dem Zugang zu und der Kontrolle von natürlichen Ressourcen (z.B. Landbesitz), verbunden.

Damit war es den Aktivistinnen und Lobbyistinnen gelungen, drei bis dahin jeweils bipolar geführte Stränge der Debatte, nämlich Frauen und Umwelt, Umwelt und Entwicklung, Frauen und Entwicklung, zusammenzuführen und international als *Women, Environment and Sustainable Development*-Debatte (WED) zu etablieren.⁵ Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, den visionären und radikalen Gehalt ihres Aktionsplanes gegen den technokratischen und reformistischen Ansatz der auf der UN-Konferenz verabschiedeten Agenda 21 durchzusetzen (s.u.).

Ebenfalls weniger erfolgreich als erhofft – aber immer noch deutlich die Unsichtbarkeit überwindend und politische Akzente setzend – verlief die Teilnahme frauenpolitischer Aktivistinnen und feministischer Umweltschützerinnen auf dem parallel zur UNCED veranstalteten "globalen Forum" der NRO. Hier versammelten sich 1600 Umweltgruppen aus 120 Ländern: Von den größeren, in der städtischen Mittelschicht verankerten NRO bis zu indigenen Gruppen vom Land, hatten alle ihre VertreterInnen geschickt. Insbesondere kleinere Organisationen mit Minderheitenpositionen, die eher den Interessen an einer 'Ökologie des Überlebens' folgten als denen politischer Aushandlungsstrategien in Konferenzen, nutzten das Forum für Diskussionen und als Möglichkeit der Meinungsäußerung, da sie in lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien und Peru, aber auch in Teilen Asiens und Afrikas für laute Kritik an der offiziellen Politik mit hohen Gefängnisstrafen bestraft, isoliert und verfolgt werden.

internationalen Bewegung an organisatorischer Stärke und politischer Bedeutung verloren. Auf der Sondergeneralversammlung Peking+5 war sie Konferenzteilnehmerinnen nach kaum noch präsent.

⁴ Der zweite Weltkongress "Frauen für einen gesunden Planeten" fand 1995 auf dem NGO-Forum der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking (Huairou) statt.

⁵ Zur Ideengeschichte des WED-Diskurses bzw. verschiedener frauenpolitischer Ansätze in der internationalen Entwicklungspolitik vgl. Braidotti et al. 1994; Rodenberg 1999: 34ff.; Wichterich 1995.

Ebenso wie in dem Miami-Aktionsplan der Frauen, standen auch für die zahlreichen gemischten NRO die globalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an zentraler Stelle der zu verhandelnden Agenda internationaler Umweltpolitik. Ebenso wie die Regierungsvertreter prangerten sie — meistens weniger moderat — die Verarmung und Verschuldung der Entwicklungsländer als Ausdruck einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung an und zeigten wenig Verständnis für einen Diskurs, der die Ökologiefrage in den Mittelpunkt rückt, dabei aber die ökologische Strukturanpassung des Nordens nicht berühren will.

Auf dem *Planeta Femea*:

"Die Umweltproblematik ist nicht geschlechtsneutral", lautete eine der zentralen Botschaften der feministischen Organisationen im *Planeta Femea*, dem "weiblichen Planeten", wie das von brasilianischen Frauengruppen organisierte Frauen-Zelt auf dem NRO-Forum hieß. Den Zusammenhang von Weltwirtschaft, Umweltzerstörung und Frauenunterdrückung zu beleuchten und den offiziellen Positionen und Verträgen gegenüberzustellen, war eine zentrale Aufgabe der Frauen auf dem NRO-Forum. So wurden hier "Verträge" zu den relevanten Themenbereichen der Agenda 21 erarbeitet, die als Gegenposition zu den Regierungsabkommen auf der Konferenz vorgelegt wurden (Wälder, Gewässer, Klima, aber auch Welthandel); aber es ist nicht gelungen, in alle Bereiche und Kapitel der Dokumente Fraueninteressen einzubringen.

Für die Frauen-NRO hingegen bedeutete vor allem der Vorbereitungsprozess zum Erdgipfel einen Aufbruch in eine neue Ära internationaler Frauenpolitik⁶ — und das nicht allein im Handlungsfeld der Umweltpolitik. Gerade im Rückblick auf die Geschichte der internationalen Frauenbewegung und die "Meilensteine" ihrer Selbstorganisationsprozesse (DAWN 1995), brachte UNCED einen herausragenden Mobilisierungsschub für die Akteurinnen frauenpolitischer Interessen (vgl. auch den Beitrag Wichterichs in diesem Band). Darüber hinaus wurde Lobbying als eine neue Form feministischer Politik zum Gegenstand der Auseinandersetzung in den internationalen Frauenbewegungen (vgl. hierzu Ruppert 1998).

Die innovative Dimension dieses internationalen Selbstorganisationsprozesses ist deshalb auch nicht allein in ihrer stärkeren Partizipation an den UN-Konferenzen seit Rio zu sehen. Vielmehr gelang es WEDO im UNCED-Prozess erstmalig, die zentralen

⁶ Lachenmann (1996: 7) beschreibt diese Vorbereitungsprozesse als "neues Politikinstrument", mit denen die internationalen Frauenbewegungen "eine neue, globale Form und Qualität des Politikmachens initiiert haben, nämlich internationale Vernetzung [und] internationale Foren (...) als dezentrale Diskussionsmöglichkeiten".

Themen und Belange der Frauenbewegungen auf die Tagesordnung internationaler Politik zu setzen und zumindest die Rhetorik der Abschlussdokumente zu beeinflussen bzw. die Dokumente durch bestimmte Kapitel zu ergänzen. Dieses soll im folgenden Abschnitt genauer betrachtet werden.

Der Erdgipfel in Rio: Ansätze und Ergebnisse

'Viel Lärm um nichts', war eine der geläufigsten Charakterisierungen, mit der UNCED nach ihrem Ende bewertet wurde. Die Einschätzungen der Ergebnisse schwankten dabei zwischen der eher pessimistischen Bewertung von Vertretern des Südens, die in der Konferenz eine von den Ländern des Nordens gewollte sahen, welche die Ungleichheit zwischen Nord und Süd eher fest schreiben als diese hinterfragen sollte. Demgegenüber wurden auch optimistische Einschätzungen laut, die in der Konferenz einen wichtigen, wenngleich unzureichenden Schritt in die richtige Richtung sahen. Einig waren sich die meisten jedoch darin, dass die grüne Rhetorik von Rio, die '*Riotorik*', triumphiert hatte.

Trotz der insbesondere von Umwelt-AktivistInnen als unbefriedigend bewerteten Ergebnisse der Rio-Konferenz ist festzuhalten, dass mit dem UNCED-Prozess der unverhältnismäßig hohe Ressourcenverbrauch der Industrieländer auf die politische Agenda und in den Mittelpunkt vieler Debatten gerückt war. Damit wurde erstmalig auf einer UN-Konferenz die 80:20-Welt kritisiert, d.h. die Tatsache, dass 20% der Menschheit über 80% der Ressourcen verfügen und 80 % der Menschheit lediglich 20% für sich nutzen können (Altvater 1997), wurde endlich zum Gegenstand der Auseinandersetzung internationaler Politik. Zwar war die Ökologieproblematik bereits 1972, auf der ersten UN-Weltumweltkonferenz in Stockholm, als internationales Problem anerkannt und mit Fragen der "Entwicklung" in Verbindung gebracht worden. Doch erst mit UNCED konnte sich das erstmals im Brundtland-Bericht (Hauff 1987) aufgestellte Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung" in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik durchsetzen - und mit ihm die Erkenntnis, dass mit dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell des uneingeschränkten Wachstums eine globale ökologische Ungleichheit untrennbar verbunden ist.⁷

⁷ Der Brundtland-Bericht nennt folgende Definition: "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig: - Der Begriff der 'Bedürfnisse', insbesondere der Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die die überwiegende Priorität haben sollen, und - der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologien und

Das Leitbild "nachhaltiger Entwicklung" im Spiegel der Agenda 21 – eine Skizzierung

Die völkerrechtlich nicht verbindliche Agenda 21 (vgl. die Übersetzung des BMU 1997) ist eingeteilt in die vier Teile⁸:

I. Soziale und wirtschaftliche Dimensionen

Hier werden Grundsatzfragen u.a. zur internationalen Zusammenarbeit, Welthandel und Armutsbekämpfung erörtert. Die notwendige "Veränderung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsumgewohnheiten des Nordens" wird dabei ebenfalls kritisch betrachtet. Dass jedoch "Wachstumsorientierung" nach wie vor elementarer Bestandteil des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung ist, zeigt eine Passage zu Lösungsvorschlägen des Schuldenproblems:

"Im Zusammenhang mit multilateralen Schulden wird dringend geraten, der Fortführung der Bemühungen um wachstumsorientierte Lösungen für die Schwierigkeiten der mit gravierenden Schuldendienstproblemen belasteten Entwicklungsländer – (...) – vermehrte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen" (ebd.: 15).

II. Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung

Der umfangreichste Teil mit allgemeinen und speziellen Problemkomplexen der Umwelt, wie dem Schutz der Erdatmosphäre, der Entwaldung, Desertifikation, biologischer Vielfalt, Gewässer, Abfallbeseitigung, Giftmüll etc., legt qualitative und quantitative Bestandsaufnahmen der (damals) aktuellen Problemsituation von Verschmutzung, Verknappung und Zerstörung vor. Als wichtige Lösungsbeiträge werden neben Forschungsprogrammen und Datenerhebungen zur Erfassung der Auswirkungen, vor allem Programme zur Förderung des Umweltbewusstseins propagiert. An die Regierungen ergeht die Forderung, "Rahmenbedingungen" zur "Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten" zu fördern, während die Privatwirtschaft aufgefordert wird, umweltfreundliche Technologien zu entwickeln und anzuwenden.

sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen. Dementsprechend müssen die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf Dauerhaftigkeit definiert werden in allen Ländern — Industrie- und Entwicklungsländern" (Hauff 1987: 46).

III. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen

Der Brundtland-Kommission folgend, wird dieser Bereich als besondere Aufgabe zukünftiger Politik hervor gehoben – insbesondere die Regierungen werden aufgefordert, eine verbesserte Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, damit diese auch an umweltpolitischen Entscheidungen partizipieren können. Angesprochen werden sollen insbesondere Frauen (Kapitel 24), Jugendliche, indigene Bevölkerungsgruppen, Bauern, NRO und Gewerkschaften sowie die Kommunen. Letztere werden aufgefordert, bis 1996 eine "lokale Agenda 21" aufgestellt zu haben.

IV. Möglichkeiten der Umsetzung

Der letzte Teil berührt des "Pudels Kern", denn wie sollen die größtenteils richtigen Forderungen nach der Verabschiedung finanziert werden? Kritisch sind vor allem die Finanzierungs*mechanismen* zu sehen, denn für die Umsetzung "sollen die bis zum Jahr 2000 anfallenden 300 Mio. bis 1 Mrd. Dollar in Form von Zuschüssen oder "konzessionären Krediten" von der internationalen Staatengemeinschaft bereit gestellt werden. In dem in der Agenda 21 genannten Finanzvolumen werden ca. 1 Mio. Dollar zusätzliche Kosten für die Kommunen, für den "globalen Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung" ein jährliches Finanzvolumen von ca. 40 Mio. Dollar, für die Entwicklung und Transfer angepasster Technologien hingegen 450-600 Mio. Dollar veranschlagt.

Die Agenda 21 im Folgeprozess 'Rio+5'

Unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verband sich mit den Ergebnissen von UNCED und seinen Prämissen der Umweltverträglichkeit und sozialen Gerechtigkeit die Hoffnung auf eine grundlegende Kurskorrektur des globalen Umgangs mit natürlichen Ressourcen (Müller-Kraenner/Unmüßig 1997: 11). Dabei wurden mit den speziellen Vertragswerken, der Klimarahmenkonvention, der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt und der Konvention gegen die Ausbreitung der Wüsten, völkerrechtlich verbindliche Beschlüsse verabschiedet, die die internationale Umweltpolitik der 90er Jahre strukturieren sollten. Sie vermochten sie jedoch nicht dazu beizutragen, die großen globalen Umweltprobleme der

⁸ Diese Teile wiederum sind untergliedert in Programmbereiche oder Themenfelder; hier wiederum findet sich in jedem Kapitel eine Einführung (mit Bestandsaufnahme und Definition des jeweiligen Themas), Nennung der Ziele, Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung (Finanzierung).

Klimaveränderung, den Verlust von Biodiversität, die Entwaldung, Bodenerosion und Wasserknappheit aufzuhalten.

Die *Agenda 21*, das Kernstück der auf der UNCED verabschiedeten Dokumente, ist eine umfassende, aber völkerrechtlich *nicht* verbindliche Aktionsform. Sie verweist zwar auf die zentralen Handlungsfelder und Notwendigkeiten einer öko-sozialen Umorientierung. Abgesehen von der mangelnden Finanzierung für die in über 40 Kapiteln vorgeschlagenen Korrekturen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, degeneriert die Ökologieproblematik in vielen Abschnitten jedoch "zur Suche nach neuen Verwaltungstechniken" (Sachs 1994: 28). Damit habe der UNCED-Prozess zwar der ressourcenschonenden "Umwelttechnik weltweit eine Tür geöffnet", wie Wolfgang Sachs einräumt, grundlegende "Alternativen zur Entwicklung" oder gar ein Paradigmenwechsel, finden sich jedoch in den Dokumenten nicht wieder. Es wird kein notwendiger globaler Wandel in die Wege geleitet, der auch die kulturell-politischen Grenzen stattdessen werde die Endlichkeit der Erde lediglich als Managementproblem dargestellt (ebd.: 23).

Weitaus negativer als die Analyse von Entwicklungskritikern wie Wolfgang Sachs fällt das Urteil vieler TeilnehmerInnen der UN-Sondergeneralversammlung "Rio +5", 1997 in New York, aus, die den UNCED-Prozess fünf Jahre nach der Konferenz für gescheitert erklären, weil auf der Ebene internationaler Umweltpolitik keine Umsetzung des neuen Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung erfolgt ist (Müller-Kraenner/Unmüßig 1997: 13).

Die in Rio aus der Taufe gehobene 'globale Partnerschaft' zwischen den Industrieländern und den Ländern des Südens wurde aufgekündigt, und an die Stelle der Verpflichtungserklärung der Industrieländer für eine grundlegende Umstrukturierung der ökonomischen Nord-Süd-Beziehungen trat der alte Nord-Süd-Konflikt. Die Länder des Nordens entkoppelten das Umweltthema von Fragen der sozialen Gerechtigkeit und ökonomischen Machtverhältnissen, während die Regierungsvertreter der Gruppe 77 und Chinas eine nachholende Entwicklung einforderten. Nicht mehr klandestin, sondern offen und letztendlich von den Interessen der Länder des Nordens an der Ausweitung einer neoliberalen Marktwirtschaft flankiert, rückte das Modell stetigen Wirtschaftswachstums in den Mittelpunkt der Verhandlungen – anstelle einer "strukturellen Ökologisierung" besteht die ökologische Umkehr nunmehr allein in der Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen in umweltfreundliche Technologien!

Aber nicht nur der Ökologie-Diskurs weist im Jahr "5+" nach Rio kaum noch Ansätze einer radikalen Kritik an globalen Verteilungs- und Entscheidungsstrukturen auf, auch der Diskurs zur Frauen- und Geschlechterfrage hat im Umsetzungsprozess an politischer Brisanz, Schärfe und Bedeutung verloren. So war im Rio+5-Prozess nur wenig von einem vehementen Lobbying durch Nichtregierungsorganisationen zu spüren; von aktiven Vertreterinnen für Fraueninteressen und Geschlechterfragen jedoch gab es kaum eine Spur.

Das Kapitel 24 der Agenda 21

Es wurde bereits herausgestellt, dass die weit gehenden Forderungen des Miami-Aktionsplanes, die Women's Action Agenda 21, nicht in den "globalen Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung" verankert werden konnten. Dennoch wäre es ungenügend, das Kapitel 24 lediglich als eines der bloßen Absichtserklärungen zu charakterisieren, das allein Maßnahmen der Gleichstellung vorschlägt, um Frauen in das bestehende Agenda 21-Konzept zu integrieren.

In einer Studie zum Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD im Rio+5-Prozess⁹, heben die Autorinnen hervor, dass es mit dem Kapitel 24 gelungen ist, aktuelle frauenspezifische Interessen im Themenfeld Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu verankern. Auf den Umweltbereich bezogene Forderungen gelten z.B. dem Recht auf Umweltschutz, der aktiven Beteiligung von Frauen bei umweltpolitischen Entscheidungen, der Forderung nach Untersuchung und Dokumentation der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Umweltzerstörung. Darüber hinaus haben jedoch auch allgemeine frauenpolitische Forderungen nach Chancengleichheit und Partizipation, aber auch grundlegende Frauen-Menschenrechte wie das auf ein Leben in Gewaltfreiheit Eingang in das Kap. 24 gefunden.

Die Analysen des UNCED-Prozesses haben gezeigt, dass Frauen als besonders Betroffene der globalen Umweltkrise und als Krisenmanagerinnen in den offiziellen Konferenzpapieren eine "vitale Rolle" zuerkannt wird. Sowohl das Abschlussdokument des Erdgipfels 1992, die *Agenda 21*, als auch das Umweltkapitel der Aktionsplattform von Peking 1995 spiegeln die langjährige Einflussnahme der internationalen Frauenbewegung auf den offiziellen Diskurs in der Umwelt- und Entwicklungsdebatte wider: Betont wird die "führende Rolle", die Frauen als Verbraucherinnen und

Produzentinnen ""bei der Herbeiführung der für den Abbau oder die Abschaffung nicht nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmuster notwendigen Veränderungen" innehaben (BMU 1997: 219). Ihre Leistungen werden ebenso gewürdigt wie ihr Wissen für Umweltschutz und Ressourcenschonung. Darüber hinaus wird die mangelnde Beteiligung von Frauen in politischen Entscheidungsgremien konstatiert und ihre "volle und gleichberechtigte Mitwirkung an Fragen und Entscheidungen über eine nachhaltige Entwicklung" gefordert (ebd.).

In der in Peking 1995 verabschiedeten Aktionsplattform hat insbesondere die Forderung nach Machtgewinn in das Dokument Eingang gefunden, um die "aktive Einbeziehung von Frauen in den umweltpolitischen Entscheidungsprozess auf allen Ebenen" zu fördern (vgl. BMFSFJ 1996: 134). Allerdings haben die Analysen in dieser Arbeit auch die Zweischneidigkeit wohlklingender Deklarationen und Absichtserklärungen gezeigt. Denn in schöner, bewegungsnaher Rhetorik avanciert die einst radikale Forderung nach *Empowerment* für Frauen in den offiziellen Dokumenten zum zentralen Moment im Umwelt- und Entwicklungsprozess. Dabei wird sie jedoch zum einem zu einem Partizipationsangebot *innerhalb* bestehender Strukturen, denn eine grundlegende Abkehr von herkömmlichen Wirtschafts- und Entwicklungsparadigmen ist nach wie vor nicht intendiert. Zum anderen – und das sollte das Kriterium sein, an dem die Sinnhaftigkeit dieser offiziell erhobenen Forderungen gemessen wird – führen eine mangelnde Finanzierung und ein Fehlen an fest installierten Überprüfungsinstrumenten zu einer insgesamt mangelhaften Umsetzung a) des Frauenkapitels in der Agenda 21 und b) des Umweltkapitels in der Aktionsplattform der WFK.

Nationale Frauen-Umwelt-Politik zwischen 'Peking+5' und 'Rio+10'

Aus der oben erwähnten Studie zum Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD geht hervor, dass zum einen die Bedeutung des Kapitels 24 im Agenda-Prozess auf allen Ebenen bisher unzureichend erkannt wurde. So hat es bisher weder auf Länderebene noch in den Kommunen (kombinierte), d.h. frauen- und umweltpolitische Aktivitäten zur Umsetzung des Kap. 24 gegeben. Frauenbelange werden entweder nicht berücksichtigt oder aber in die Verantwortung der Gleichstellungsstellen gestellt bzw. auf nationaler Ebene an das BMFSFJ verwiesen. Kommunen, Städtetage und Landesvertretungen, die mit der Entwicklung einer

⁹ AG Frauen des Forum Umwelt und Entwicklung (1997) (Hg.): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel.

Lokalen Agenda 21 beschäftigt sind, unternehmen in den meisten Bundesländern kaum Anstrengungen, frauenpolitische Forderungen z.B. in Stadt- und Verkehrsplanung zu integrieren. Nur in seltenen Fällen haben sich bisher interministerielle Arbeitsgruppen oder Runde Tische zum Themenkomplex gebildet, um nur ein Beispiel zu nennen.

Im Zusammenhang mit einer Kommentierung zum nationalen Umsetzungsprozess der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz durch NRO wurde auch die Umsetzung der Forderungen des Frauen-Umwelt-Kapitels der APF kommentiert.¹⁰ Hier wird erneut kritisch herausgestellt, dass Frauen in Deutschland nach wie vor nicht ausreichend in Gremien und Institutionen repräsentiert und an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Das wiederum hat dazu geführt, dass geschlechtsspezifische Interessen in umweltpolitischer Planung wenig bis gar nicht berücksichtigt sowie die Erfahrungen und das Wissen von Frauen weitgehend ignoriert werden. Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens - ob angepasste Technologien zur kommunalen Energiegewinnung oder Systeme der Mülltrennung – werden dementsprechend oft an der Hälfte der Bevölkerung "vorbei geplant" bzw. bringen Mehrarbeit und zusätzliche Belastungen für Frauen mit sich. Das BMU ließ zunächst auch unter der neuen Regierung eine deutliche Abkehr von der Position früherer Regierungsvertreter vermissen, die das Vorhandensein und die Brisanz einer geschlechtsspezifischen Dimension deutscher Umweltpolitik energisch abstritten und die Ansicht vertraten, dass ihre Umweltpolitik Frauen und Männer gleichberechtigt einbeziehe. Heute jedoch, am Beginn des Vorbereitungsprozesses zu einer weiteren Nachfolgekonferenz des Erdgipfels, der UN-Konferenz 'Rio+10' (2002), erfährt der Themenkomplex "Gender und Umwelt" offensichtlich eine Revitalisierung: Nicht nur die Heinrich-Böll-Stiftung, deren Programmkonzeptionen zu den jeweiligen Themensträngen "Gender" und "Ökologie" schon immer progressive Impulse für eine geschlechterdemokratische und nachhaltige Entwicklung enthielten, benennt nun auch den zusammenhängenden Themenkomplex als Schwerpunkt auf dem Weg zur Sondergeneralversammlung. Und auch das BMU will nach eigenen Angaben ein Gender-und-Umwelt-Programm entwickeln, um gerade hier aktionsorientierte Beschlüsse zu unterstützen.

Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD, Bonn, S. 7ff.

¹⁰ Heinrich Böll Stiftung (Hg.), 1999: Zur nationalen Umsetzung der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz von Peking: Kommentierung der Beantwortung des UN-Fragebogens der Bundesregierung durch deutsche Nichtregierungsorganisationen; Berlin: S. 60-65. Das Kapitel "Frauen und Umwelt" wurde von der Autorin und Nina Katz (AG Frauen des Forum Umwelt und Entwicklung) verfasst.

Trotz der Ernüchterung über den wenig fortschrittlichen Umsetzungsprozess der 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Maßnahmen zur Beschränkung bisheriger Politiken der Übernutzung und Zerstörung natürlicher Ressourcen, lassen diese neueren, sehr zu begrüßenden Vorhaben die Hoffnung aufkeimen, dass auch auf internationaler Ebene buchstäblich wieder "Bewegung in das Thema kommt" und die Verankerung frauenpolitischer Interessen in allen umweltpolitischen Handlungsfeldern von Politik und Wirtschaft gelingt.

Im Sinne einer Positionierung frauen- und umweltpolitischer Nichtregierungsorganisationen im Rio+10-Prozess sollen abschließend die zentralen politischen Empfehlungen und Forderungen von NRO-Vertreterinnen noch einmal herausgestellt werden¹¹:

- Im Norden wie im Süden verstärken Umweltzerstörungen von ihren Wirkungen her vorhandene soziale Ungleichheiten, zu denen auch die ungleichen Geschlechterverhältnisse als globales Strukturmerkmal gehören. Die sozio-ökonomische Benachteiligung von Frauen sollte deshalb sowohl in der Auseinandersetzung um eine zukunftsfähige und ökologisch tragfähige Gesellschaft als auch bei der Umsetzung der Beschlüsse der Agenda 21 besondere Berücksichtigung finden.
- "Frauen und Umwelt" sollten von Bund und Ländern als Querschnittsaufgabe wahrgenommen und **interministeriell** bearbeitet werden: Dazu ist die Aufhebung der Sektortrennung zwischen Frauenbelangen und Umweltproblemen nötig. Die bisherige Struktur, die Frauenfrage im Themenfeld Umwelt z.B. in die Verantwortung der Gleichstellungsstellen abzugeben, verhindert die Integration der Gender-Perspektive in wichtige Handlungsfelder wie Verkehrspolitik und Stadt- und Raumplanung.
- Für die Entwicklung von Konzepten reicht es jedoch nicht, die ressourcenschonende Fürsorgewirtschaft und die Durchsetzung nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen durch Frauen anzuerkennen. Um eine Feminisierung der Umweltverantwortung zu verhindern, müssen Maßnahmen für die strukturelle Erweiterung der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen ergriffen werden, um die **Verfügungsrechte**, d.h. die **Entscheidungsmacht** über gesellschaftliche und natürliche Ressourcen zu sichern: Keine nachhaltige Entwicklung ohne nachhaltigen Machtgewinn!
- Seit langem gefordert ist die Einrichtung einer finanziell adäquat ausgestatteten Koordinations- oder Geschäftsstelle, zur gezielten Umsetzung der umweltrelevanten Forderungen der APF und der frauenrelevanten des Kap. 24 der Agenda 21; diese Geschäftsstelle auf nationaler Ebene kann durch die Vernetzung

¹¹ Vgl. die Kommentierung, HBS (Hg.), 1999: S. 63-65.

von regionalen Frauen-Umwelt-Aktionen, Durchführung von Veranstaltungen, die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien die Einflussnahme von Gender-Aspekten auf den Nachhaltigkeitsdiskurs gezielt unterstützen.

- Es ist unerlässlich, dass das BMU, als federführendes Ressort zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, **Formen der Teilhabe** entwickelt, die es Frauen mit Gender-Perspektive in Umweltforschung und -politik ermöglichen, sich konstruktiv und engagiert in die Entwicklung von Lösungen einzumischen: Nicht jedoch als unbezahlte, machtlose, stille Zuarbeiterin, in intransparenten und ungerechten Strukturen, sondern als Fachfrauen, deren z.T. langjährige Expertise berücksichtigt wird.
- Unterstützung von und Kooperation mit nationalen und internationalen, themenbezogenen Netzwerken (vgl. die zeitweilige Zusammenarbeit in NRW mit dem Frauen-Umwelt-Netzwerk, FUN) sowie mit NRO, die an lokalen Erfahrungen von Frauen anknüpfen.
- Umweltpolitik sollte nicht nur Geschlechterverhältnisse berücksichtigen, sondern ist ein Nord-Süd-Thema, die eine "Strukturanpassung des Nordens" erfordert. Aber auch diese dürfen nicht zu Lasten von Frauen gehen, indem sie als besondere Zielgruppe bzw. als Krisenmanagerinnen vereinnahmt werden. Anstelle einer internationalen Umweltpolitik, die primär von armutsbedingter Ressourcenzerstörung ausgeht und Frauen dafür als besondere "Zielgruppe" benennt, ist eine Politik des Empowerments für eine nachhaltige und **frauengerechte Entwicklung** gefragt.

Literaturliste

AG Frauen des Forum Umwelt und Entwicklung (1997) (Hg.): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD, Bonn

Altvater, Elmar, (1997) "Markt und Demokratie in Zeiten von Globalisierung und ökologischer Krise". In: Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim/Haake, Markus/Walk, Heike (Hg.): *Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 241-256.

Braidotti, Rosi/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia (1994): *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*, London: Zed Books/INSTRAW.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (Hg.) (1996): Dokumentation der Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995, Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), 1997: Umweltpolitik. Agenda 21, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Bonn

Dankelman, Irene/Davidson, Joan (1990): *Frauen und Umwelt in südlichen Kontinenten*, Wuppertal: Hammer Verlag.

DAWN, (1995b): *Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development*, Barbados: DAWN.

Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.) (1997a): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD, Bonn.

García Castro, Mary (1997): *Virada do Século. Globalização e Gênero*. Unveröffentl. Manuskript, Salvador/Bahía.

Hauff, Volker (Hg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven: Eggenkamp.

Lachenmann, Gudrun (1996): Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking — internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer globalen Zivilgesellschaft? Working Paper 251. FSP Entwicklungssoziologie, Universität Bielefeld.

Müller-Kraenner, Sascha/Unmüßig, Barbara (1997): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Umwelt und Entwicklung — Eine Bilanz, Bonn: Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.).

Rodenberg, Birte, 1999: Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung. Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos, Bielefeld: transcript

Ruppert, Uta (1998): "Perspektiven internationaler Frauen(bewegungs)politik". In: Ruppert, Uta (Hg.): *Lokal bewegen — global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt/New York: Campus, S. 233-255.

Sachs, Wolfgang (1994): "Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens". In: Sachs, Wolfgang (Hg.): *Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*, Berlin: Birkhäuser, S. 15-42.

WEDO (1995): *Daughters of the Earth. The Environment and Development Collaborative Web*. Programm des 2. World Women's Congress for a Healthy Planet, New York.

Wichterich, Christa (1992): *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio*, Köln: Heinrich-Böll-Stiftung e.V..

Wichterich, Christa (1995): *Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit*, Göttingen: Lamuv.